

Beate Neuss | Antje Nötzold [Hrsg.]

Türkei – Schlüsselakteur für die EU?

Eine schwierige Partnerschaft in turbulenten Zeiten



Nomos



Erasmus+

Schriftenreihe des Arbeitskreises
Europäische Integration e.V.

Band 103

Beate Neuss | Antje Nötzold [Hrsg.]

Türkei – Schlüsselakteur für die EU?

Eine schwierige Partnerschaft in turbulenten Zeiten



Nomos

Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung tragen allein die Herausgeber und Autoren; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-4497-8 (Print)

ISBN 978-3-8452-8708-9 (ePDF)

1. Auflage 2018

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die Türkei war von jeher von großer Bedeutung für politische Stabilität und die Entwicklungen in Europa. Seit den kemalistischen Reformen in den 1920er Jahren orientierte sie sich an Westeuropa und wurde durch die politische Führung radikalen Reformen in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen unterzogen. Nach 1945 entstand im Kontext des Kalten Krieges als Folge sowjetischer Ansprüche an die Türkei das beiderseitige sicherheitspolitische Bedürfnis, mit dem Westen in der NATO zusammenzuarbeiten. Im Jahr 1952 trat die Türkei dem Bündnis bei und stellt darin heute die zweitgrößte Armee. Damit wurde das Land geradezu zum Wächter der Süd-Ost-Flanke der NATO.

Auch als 1957 die EWG gegründet wurde, wandte sich das Land Europa zu und interessierte sich bald für einen Beitritt in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Die EWG war allerdings 1963 zunächst nur bereit, über ein Assoziierungsabkommen („Ankara-Vertrag“) enger mit Ankara zu kooperieren. Ein Antrag auf Mitgliedschaft erwies sich lange als aussichtslos, weil die innenpolitische Lage der Türkei den rechtsstaatlichen und demokratischen Ansprüchen der EG bzw. der EU nicht gerecht wurde. Das Vorgehen der Regierung gegen Kurden war immer wieder ein Kristallisationspunkt der Kritik. Als problematisch betrachtet wurde zudem die starke Stellung des Militärs, eines demokratisch nicht legitimierten Akteurs im politischen System der Türkei: Das Militär putschte mehrfach und übernahm die Regierung. Während die EG/EU der Türkei eine grundsätzliche Bereitschaft signalisierte, sie als Mitglied in ihre Reihen aufzunehmen, blieb die explizite Ablehnung einer EU-Mitgliedschaft in einer Reihe von Mitgliedsstaaten beträchtlich. Dabei spielte nicht nur das stets gefährdete demokratische Fundament des Staates eine Rolle, auch das Unbehagen, mit der Türkei einen Staat aus einem anderen kulturellen, gesellschaftlichen und historischen Kontext aufzunehmen. Zumal das Land absehbar bald das bevölkerungsreichste in der EU sein würde, mit entsprechenden Folgen für die Zusammensetzung der EU-Institutionen und vor allem mit einem hohen Bedarf an Transferzahlungen. Vor der Kulisse der Balkan-Kriege und angesichts der Notwendigkeit, die mittelosteuropäischen Länder zu stabilisieren, musste die zusätzliche Herausforderung an die EU zurückstehen, die türkische Demokratie durch eine Mit-

gliedschaft zu festigen. Daher war die Europäische Union zunächst nur bereit, die Wirtschaftsbeziehungen 1996 durch eine Zollunion zu intensivieren. Das Europäische Parlament erkannte der Republik Türkei schließlich 1999 den Kandidatenstatus zu; sechs Jahre später gab der Europäische Rat den Weg für Beitrittsverhandlungen frei, nachdem Ankara sich bemüht gezeigt hatte, den Kopenhagener Kriterien der EU von 1993 durch demokratische und rechtsstaatliche Reformen gerecht zu werden.

Das Interesse der kemalistischen Republik, sich der EU anzuschließen, blieb auch nach dem Machtantritt der AKP 2002 unter Abdullah Gül und Recep Tayyip Erdoğan erhalten, obwohl die Abkehr vom laizistischen Kemalismus nicht zu übersehen war. So kritisierte die Europäische Kommission ihn ihrem Fortschrittsbericht von 2005 eine unzureichende Einhaltung der Menschenrechte, der Meinungsfreiheit und des Minderheitenschutzes. Der Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen im gleichen Jahr ist seitens der EU daher wohl als Belohnung zu sehen für erste politische Reformen im Verhältnis zur kurdischen Bevölkerung sowie ferner als Ansporn für weitere Reformschritte, aber gleichermaßen auch als Versuch, dieses geostrategisch und geoökonomisch wichtige Land als Verbündeten zu erhalten und seinen Reformeifer zu bestärken. In der türkischen Wirtschaft zeigten die Reformen deutliche Erfolge. Allerdings wurde immer deutlicher, dass Ministerpräsident Erdoğan hinsichtlich Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Medienfreiheit andere Maßstäbe setzte, als sie die EU entsprechend der Kopenhagener Kriterien, des Lissabonner Vertrags und ihrer europäischen Werteverankerung erwartete. Die Beitrittsverhandlungen schleppten sich von Beginn an ohne große Fortschritte dahin und die Eröffnung von neuen Kapiteln verzögerte sich immer wieder. Wichtige EU-Mitgliedsstaaten, darunter Deutschland und Frankreich, sprachen sich selbst nach Beginn der Verhandlungen noch gegen einen Beitritt der Türkei aus. Berlin bot stattdessen eine „privilegierte Partnerschaft“ an, was Ankara als eine abwertende Haltung verstand. Gleichzeitig steigerte sich die Bedeutung der Türkei für Europa als Akteur im „Arabischen Frühling“, der zu einem „Arabischen Winter“ geworden war, sowie als eine der Schlüsselmächte im syrischen Bürgerkrieg und als „Schleusenwärter“ für Flüchtlinge und Migranten aus Syrien und Asien. Die strategische Bedeutung der Türkei hielt die Verhandlungen in Gang – trotz wachsender Skepsis an den innenpolitischen Entwicklungen, insbesondere nach den Gezi-Protesten 2013.

Dieser kurze Abriss der europäisch-türkischen Beziehungen zeigt, dass es wahrlich keinen Mangel gibt an kontrovers diskutierten Themen zwischen der EU und der Türkei, die eine analytische Betrachtung verdienen: eine fordernde Ausgangsposition, um das türkisch-europäische Verhältnis in einer Fachtagung vom 15.-16. Mai 2017 an der Technischen Universität Chemnitz wissenschaftlich aufzuarbeiten und die Zukunft der EU-Türkei-Beziehungen auszuloten. Die Vorarbeiten für die Tagung waren bereits fortgeschritten, als am 15./16. Juli 2016 gegen die Regierung der AKP und Präsident Erdoğan geputscht wurde. Somit erweiterte sich nicht nur das Themenspektrum, sondern auch die innenpolitischen Verwerfungen mit Folgen für die türkischen Universitäten und Wissenschaftler zeitigten Probleme für die Referenten. Dennoch gelang es uns, eine interdisziplinäre türkisch-deutsche Tagung zu organisieren, zu der nun der Tagungsband vorliegt. Besonderen Wert legten wir auf die Einbeziehung der türkischen Sichtweise – von türkischen Kollegen aus der Türkei und aus Deutschland sowie von Deutschen mit tragfähigen Erfahrungen aus längeren Türkei-Aufenthalten und intensiver Befassung mit den Themen. Die Autorinnen und Autoren aktualisierten ihre mündlichen Beiträge; keiner kam letztlich um das traumatische Ereignis des Putschversuchs und um den „*Aktionsplan zur Begrenzung der Zuwanderung über die Türkei*“ vom März 2016 herum, der aus der Sicht einiger türkischer Autoren von Seiten der EU – Stichwort Visafreiheit – nur unzureichend erfüllt wurde. Auch die Wahrnehmung der innenpolitischen Entwicklungen und der Gründe für die seit über einem Jahrzehnt wenig erfolgreich verlaufenden Beitrittsverhandlungen sind naturgemäß kontrovers. Hier gibt der Band auch die türkische Sichtweise wieder, die bei den in der Türkei lebenden Wissenschaftlern durchaus von der aktuellen Situation mitgeprägt wird. Es ging den Herausgeberinnen darum, einen breiten Bogen über die für Europa relevante Politik unseres bedeutenden EU-Nachbarn zu spannen, um die Beziehungen EU-Türkei ebenso zu erfassen wie die innenpolitische Lage nach dem Putschversuch sowie die Rolle der Türkei in der angrenzenden Region.

Der erste Teil des Bandes analysiert die EU-Türkei-Beziehungen und wirft zuerst einen Blick auf den Beitrittsprozess der Türkei. Colin Dürkop und Arndt Künnecke befassen sich mit der innenpolitischen Entwicklung der Türkei und ihrer langen, wechselhaften Beziehung mit den europäischen Staaten sowie mit der Frage, welche Strategie aus der derzeitig blockierten Verhandlungssituation herausführen könnte. Die Einbettung in den historischen und aktuellen politischen Kontext hilft nachzuvollziehen,

ob und wie weitgehend es der Türkei vor dem Putschversuch gelang, ihr Rechtssystem und ihre Werte zu europäisieren und Partner der EU zu werden. Die Kontextualisierung zeigt zugleich die Folgen für den Beitrittsprozess auf, die die Reaktion der Regierung auf den als traumatisch empfundenen Putschversuch zeitigten. Vor dem Hintergrund dieser insgesamt angespannten politischen Situation werden die Perspektiven der künftigen Beziehungen unter dem Aspekt der gegenseitigen Abhängigkeiten betrachtet. Marcus Engler diskutiert die Kooperation zwischen der Türkei und der EU hinsichtlich ihrer Interdependenzen in der Flüchtlingspolitik. Inwieweit hat sich der „Flüchtlingspakt“ bewährt – wie kann es weitergehen? Als zentrales Element in den EU-Türkei-Beziehungen hat sich das türkisch-deutsche Verhältnis erwiesen. Es war die Bundesregierung unter Angela Merkel, die das „Flüchtlingsabkommen“ initiierte und im Wesentlichen verhandelte. Die große türkische Minderheit in Deutschland ist zu einem Einflussfaktor in der deutschen Innenpolitik geworden – Mustafa Nail Alkan geht der Beziehung zwischen Ankara und Berlin nach. Armin Staigis unterzieht die Rolle Ankaras in den NATO-EU-Beziehungen einer Analyse; hier hat die strategisch so bedeutende Türkei ein Blockadepotential, das sie auch nutzt.

Im zweiten Teil befasst sich Murat Erdoğan mit der „Achsenverschiebung“ in den Türkei-EU-Beziehungen aufgrund der stagnierenden EU-Beitrittsverhandlungen sowie der aktuellen Flüchtlingspolitik und zeichnet letztlich ein Bild türkischer Enttäuschung ob des mangelnden Verständnisses der türkischen Interessen. Dirk Tröndle analysiert aus türkischer und deutscher Sicht die innenpolitische Situation nach dem 15./16. Juli 2016, die durch die Polarisierungspolitik Präsident Erdoğan gekennzeichnet ist. Die Gülen-Bewegung, bis zum Putschversuch in Deutschland eher wenig bekannt, wird von Kristina Dohrn in Entstehung, Wesen und Entwicklung erläutert. Der muslimische Prediger Fethullah Gülen, ehemals politischer Weggefährte von Erdoğan, ist der Kristallisationspunkt, an dessen Bewegung sich die innenpolitischen Säuberungen des Präsidenten festmachen.

Der dritte Teil wendet sich der Rolle der Türkei in ihrer Region zu und analysiert die Umorientierung der Außenpolitik unter dem Einfluss des Politikprofessors und zeitweiligen türkischen Außenministers Ahmet Davutoğlu. Spätestens seit seinem Amtsantritt richtete die Türkei ihre Außenpolitik neu aus und bemühte sich um größeren Einfluss in ihren südlichen Nachbarregionen. Der „Arabische Frühling“ schien für die Türkei

die Gelegenheit zu eröffnen, ihrem Modell – wirtschaftlicher Erfolg bei zunehmender Islamisierung – Außenwirkung zu verschaffen. Tatsächlich nahmen sich die arabischen Staaten das „Modell Türkei“ aber nicht zum Vorbild und der Einfluss Ankaras blieb begrenzt. Im Rahmen der außenpolitischen Neuausrichtung der Türkei untersucht Gülistan Gürbey die Kurdenproblematik, eine zentrale innen- wie außenpolitische Herausforderung, mit der der türkische Staat seit Jahrzehnten ringt. Die Liberalisierung der Kurdenpolitik unter der AKP und schließlich der erneute Konflikt mit der kurdischen Bevölkerung stehen im Zentrum ihres Beitrags. Magdalena Kirchner analysiert die wechselnde Rolle, die Ankara im Nahen Osten als Faktor von Stabilität bzw. zunehmend als destabilisierender Akteur spielt. Sie fragt nach Erklärungen für Stabilisierungserfolge und Stabilisierungsrückschläge und danach, inwieweit die türkische Republik ein ehrlicher Makler in ihrem regionalen Umfeld sein kann. Hüseyin Bağcı und Serdar Erdurmaz befassen sich mit den Interessen der türkischen Regierung im syrischen Bürgerkrieg sowie mit deren Möglichkeiten, Einfluss auf die Entwicklungen im Bürgerkriegsland zu nehmen. Eine Zeit lang gelang es der Türkei, als Vermittler aufzutreten, z.B. im israelisch-palästinensischen Konflikt oder in der Auseinandersetzung um das iranische Nuklearprogramm. In Syrien ist die Regierung jedoch als Akteur involviert, wobei ihre Politik in Konflikt mit dem NATO-Partner USA gerät. Der Beitrag geht den neo-osmanischen Ambitionen nach, als Ordnungsmacht in der Region aufzutreten.

Die Herausgeberinnen danken allen Autoren für ihre Bereitschaft, an der Tagung teilzunehmen und sie mit ihren engagierten Diskussionsbeiträgen zu bereichern. Nicht zuletzt gebührt ihnen Dank dafür, dass sie ihre Vorträge für diesen Band erweitert und aktualisiert haben.

Die Tagung hätte nicht stattfinden und der Tagungsband nicht erscheinen können, wenn wir nicht Unterstützung erhalten hätten. Wir danken dem Arbeitskreis Europäische Integration e.V. (AEI) und ihrem Geschäftsführer, Dr. Frédéric Krumbein, sowie Dr. Oliver Ernst, Referent im Team Naher Osten und Nordafrika der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., für tatkräftige Hilfe. Großer Dank ist der Europäischen Kommission der EU sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Kofinanzierung der Tagung zu sagen – ohne sie hätte die interdisziplinäre, internationale Tagung nicht durchgeführt werden können.

Vorwort

Und schließlich ist Daniel Adler, B.A. herzlich Dank zu sagen für seine umsichtige und sorgfältige editorische Arbeit an den Manuskripten. Eventuell verbliebene Fehler gehen zu Lasten der Herausgeberinnen.

Beate Neuss

Antje Nötzold

Chemnitz, im Februar 2018

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungszeichnis	13
--------------------	----

Teil 1 – Stand und Perspektiven der EU-Türkei-Beziehungen

<i>Colin Dürkop</i> Gesellschaftliche Europäisierung in der Türkei und Bild der EU	17
---	----

<i>Arndt Künnecke</i> Die Türkei zwischen Beitrittskandidat und Partner der EU	39
---	----

<i>Marcus Engler</i> Ein problematischer Pakt? Die EU-Türkei-Kooperation in der Flüchtlingspolitik	69
---	----

<i>Mustafa Nail Alkan</i> Türkisch-Deutsche Beziehungen	99
--	----

<i>Armin Staigis</i> Die Türkei in den NATO-EU-Beziehungen	123
---	-----

Teil 2 – Die Türkei nach dem Putschversuch

<i>M. Murat Erdoğan</i> Eine „Achsenverschiebung“ der EU-Türkei-Beziehungen	143
--	-----

Inhaltsverzeichnis

Dirk Tröndle

Die Türkei nach dem gescheiterten Putsch aus türkischer und deutscher Perspektive 175

Kristina Dohrn

Die Gülen-Bewegung. Entstehung und Entwicklung eines muslimischen Netzwerks 205

Teil 3 – Die Türkei als regionaler Akteur

Gülistan Gürbey

Die Kurdenpolitik der AKP-Regierung 221

Magdalena Kirchner

Vom Stabilitätsfaktor zum Instabilitätsakteur im Nahen Osten 251

Hüseyin Bağcı / Serdar Erdurmaz

Die Türkei als „Friedensmacher“ oder „Ordnungsbrecher“ im syrischen Bürgerkrieg 275

Autorenverzeichnis und Herausgeberinnen 291

Abkürzungszeichnis

AKP	Adalet ve Kalkınma Partisi / Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung
CHP	Cumhuriyet Halk Partisi / Republikanische Volkspartei
DBP	Demokratische Partei der Regionen
DFS	Demokratische Kräfte Syriens
DHKP-C	Devrimci Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi / Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front
DTP	Kurdische Partei für eine demokratische Gesellschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshofs für Menschenrechte
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik
EU	Europäische Union
EVP	Europäische Volkspartei
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FETÖ	Fethullahçı Terör Örgütü / Fethullah Gülen Terrororganisation
GfK	Gesellschaft für Konsumforschung
HDP	Halkların Demokratik Partisi / Demokratische Partei der Völker
IHD	İnsan Hakları Derneği / Menschenrechtsverein
IS	Islamischer Staat
ISAF	International Security Assistance Force
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
KCK	Union der Gemeinschaften Kurdistans
KRG	Kurdistan Regional Government
KRI	Kurdische Autonomieregion im Nordirak
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
MHP	Milliyetçi Hareket Partisi / Nationalistische Bewegungspartei
MİT	Milli İstihbarat Teşkilatı / türkischer Inlandsgeheimdienst
MSO	Migranten-Selbstorganisationen
MSP	Milli Selamet Partisi / Nationale Heilspartei
NATO	Nordatlantische Vertragsorganisation
OAE	Operation Active Endeavour
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PACE	Parlamentarische Versammlung des Europarates
PKK	Arbeiterpartei Kurdistans

Abkürzungsverzeichnis

PYD	Demokratische Unionspartei
RCC	Regional Command Capital
SCO / SOZ	Shanghai Cooperation Organization / Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit
SNMG2	Ständiger NATO-Marineverband
TAK	Freiheitsfalken Kurdistans
TBMM	Türkiye Büyük Millet Meclisi / Große Türkische Nationalversammlung
TUSKON	Türkische Konföderation Industrieller und Unternehmer
USD	United States Dollar
VAEU	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
YAŞ	Yüksek Askerî Şûra / Hoher Militärerrat
YPG	Volkverteidigungseinheiten, militärischer Arm der PYD

Teil 1 – Stand und Perspektiven der EU-Türkei- Beziehungen

Gesellschaftliche Europäisierung in der Türkei und Bild der EU

Colin Dürkop

I. Zum Begriff der „Europäisierung“

Eingangs eine Begriffsbestimmung: Europäisierung ist kein einheitlich verwendeter Fachterminus – zum Konzept der „Europäisierung“ finden sich in der Literatur eine Vielzahl von unterschiedlichen Definitionen. Vor allem in historischen, kulturellen und politischen Diskursen kommt dieser Begriff zum Tragen. Im historischen Kontext bedeutet er die Übertragung von europäischen Werten, Kulturgütern und politischen Systemen infolge der Kolonialisierung europäischer Kolonialmächte. Im kulturellen Kontext zielt der Terminus auf den Bedeutungsverlust von nationalen Identitäten durch die Entstehung und Angleichung an eine übergeordnete europäische Identität ab. Und in der Politikwissenschaft wurden die Begriffe Europäisierung sowie europäische Integration ursprünglich synonym verwendet. Hier wird Europäisierung weitgehend als „Europa-Werdung“ im Sinne der Herausbildung von politischen, administrativen, sozialen und rechtlichen Institutionen, Prozessen und Werten auf europäischer Ebene beschrieben, wie etwa bei Robert Ladrech.¹ Auch Claudio Radaelli liefert eine Definition von Europäisierung und ein weitreichendes Europäisierungskonzept, in dem er den Begriff Europäisierung aber klar von dem Konzept der Europäischen Integration trennt.²

Einige Autoren unterscheiden zudem zwischen einer sogenannten „Mitglieds-“ und „Beitrittseuropäisierung“. Demnach wirkt sich die Europäisierung nicht nur auf bereits bestehende EU-Mitgliedsstaaten aus, sondern auch auf potenzielle oder aktuelle Beitrittskandidaten, wie beispiels-

1 Vgl. Ladrech, Robert: *Europeanization and National Politics*, Basingstoke / New York 2010.

2 Vgl. Radaelli, Claudio M.: *The Europeanization of Public Policy*, in: Featherstone, Kevin / ders.: *The Politics of Europeanization*, Oxford / New York 2003, S. 27-56.

weise die Türkei. Auch Nachbarländer der EU wie die Ukraine werden in diesem Zusammenhang genannt. Es bestehen also die unterschiedlichsten Theorieansätze der Europäisierungsforschung. In diesem Beitrag wird Europäisierung weitgehend verstanden als die Ausrichtung und das Streben eines Landes nach europäischen Werten, Gesellschaftsnormen und Standards, ebenso wie die Einbettung in europäische (wirtschaftliche, politische, rechtliche) Strukturen.

II. Beginn einer Europäisierung im Osmanischen Reich („Tanzimat Periode“)

Die Anlehnung an europäisch inspirierte politische und geistige Werte reicht in der historischen Entwicklung der heutigen Türkei bereits über zwei Jahrhunderte zurück. Schon im osmanischen Reich hatte es während der sogenannten reformatorischen Tanzimat-Periode (der „Neuausrichtung“) Mitte des 19. Jahrhunderts eine Entwicklung hin zu einer nicht zu unterschätzenden gesellschaftlichen Europäisierung gegeben. So wurde etwa die Einführung eines bürgerlichen Gesetzbuches beschlossen, in dem die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz festgeschrieben wurde. Die 1876 zeitweilig eingeführte Verfassung unterstrich nochmals die Gleichheit aller Bürger des Osmanischen Reiches, also auch die der nichtmuslimischen Untertanen. Diese Reformen sollten auch ein Signal an die europäischen Staaten richten, um ihnen zu demonstrieren, wie sehr das Osmanische Reich auch ein Teil Europas sei.

Brigitte Moser und Michael Weithmann weisen auf den europäischen Machtfaktor im Osmanischen Reich schon vor dieser Reformperiode hin.

„Die intensiven diplomatischen Kontakte zwischen Konstantinopel und den europäischen Königshöfen führten im 18. Jahrhundert zu wechselseitigen kulturellen Einflüssen. Im Westen wurden in Musik, Literatur und Mode türkische Themen populär, die Kaffee- und Tabakkultur breitete sich aus, und mit der Aufklärung verschwand auch der alte religiöse Gegensatz. *Alla Turca* (auf türkische Weise) wurde zu einem beliebten Schlagwort in den adligen Salons von Paris, Wien und Venedig. [...] Tief gehender gestaltete sich der Einfluss des Westens auf das Sultansreich. Buchdruck und technische Geräte, Waffen und Uhren hielten ihren Einzug. Besonderer Beliebtheit erfreuten sich Rokoko-Ausstattungen der Paläste und sogar der Moscheen. In den osmanischen Oberschichten begann man sich an den Lebensformen Europas zu orientieren. Und gerade die fundamentalen gesellschaftlichen und staatlichen Umwälzungen, welche das Zeitalter Napoleons in Eu-

ropa ausgelöst hatte, brachten nun auch osmanische Kreise dazu, sich mit Gedanken an echte Reformen europäischer Prägung vertraut zu machen.“³

Der Prozess der Europäisierung der heutigen Türkei geht somit auf eine wesentlich ältere Entwicklung zurück als im allgemeinen Bewusstsein wahrgenommen wird.

Stellvertretend für viele Autoren weist Cengiz Günay auf das Spannungsverhältnis zwischen islamischer Tradition und Modernisierung durch Europäisierung hin und unterstreicht, dass die osmanischen Reformer zwar einen Modernisierungsprozess einleiteten, „der sich im Laufe der folgenden zweihundert Jahre zu einem umfassenden staatlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Transformationsprojekt entwickeln würde“⁴. Allerdings dürfe man vor dem Hintergrund, dass die Reformer durchwegs westlich ausgebildeten Bildungseliten entsprangen, nicht unberücksichtigt lassen, dass „[d]amit die Modernisierung von Anfang an ein Projekt der Staatseleiten [war] und keine Bewegung, die von der Basis der Bevölkerung ausging“⁵. Auch waren diese von Europa inspirierten Reformbestrebungen im Osmanischen Reich nicht unumstritten. Ganz im Gegenteil, die Reformen wurden teilweise wieder rückgängig gemacht und es gab einen ständigen Widerstreit darüber zwischen den jeweiligen Befürwortern und Gegnern.

Seither und bis zum heutigen Tage besteht und setzt sich dieser latent schwelende „Kampf“ (türkisch „*dava*“) zwischen Reformern und Bewahrern mit zunehmender Intensität fort. Dieser permanente Widerstreit ist für das Verständnis der aktuellen Zustände, Entwicklungen und politischen bzw. innergesellschaftlichen Auseinandersetzung der heutigen Türkei – zwischen Reformern und Bewahrern, zwischen Pro- und Anti-Europäern, zwischen traditionell-konservativen Bevölkerungsteilen auf der einen Seite und den säkular-liberal orientierten Bevölkerungsteilen auf der anderen – wichtig. Dieser gesellschaftliche Aspekt klingt auch in folgendem Zitat an:

„Wie sich gezeigt hat, handelt es sich dabei um eine schon 200 Jahre währende Zerrissenheit zwischen zwei kulturellen und rechtlichen Strömungen: einer asia-

3 Moser, Brigitte / Weithmann, Michael W.: Die Türkei. Nation zwischen Europa und dem Nahen Osten, Regensburg 2002, S. 40f.

4 Günay, Cengiz: Geschichte der Türkei. Von den Anfängen der Moderne bis heute, Wien / Köln / Weimar 2012, S. 365.

5 Ebd.

tisch-orientalischen und einer europäisch-abendländischen, die wie zwei Waagschalen gemeinsam die Empirie dieser beiden Staaten (gemeint sind das Osmanische Reich und die Republik Türkei, C.D.) bilden. Es sind zwei konkurrierende Waagschalen, um in diesem Bild zu bleiben, ihre Gewichtung ist jedoch unterschiedlich und hängt von politischen Akteuren und Kontexten der jeweiligen Epoche ab.“⁶

Und weiter:

„Eine Untersuchung der Probleme im (EU)Beitrittsprozess ohne Berücksichtigung der Europäisierungsgeschichte des Osmanischen Reiches bzw. der Türkei wäre [...] zu kurzfristig und könnte ohne die historisch-genealogische Entwicklung weder nachvollzogen noch hinreichend erklärt werden“⁷.

Die nachfolgenden Ausführungen fokussieren sich aus räumlichen Gründen aber auf die schwerpunktmäßige Betrachtung der Europäisierungstendenzen, -prozesse, -fortschritte wie auch –rückschritte seit Gründung der türkischen Republik im Jahr 1923.

III. Gesellschaftliche Europäisierung in der Türkei seit der Republikgründung

Unbeirrt und unbeirrbar wie kein anderer Reformers im muslimisch geprägten Nahen und Mittleren Osten hat Republikgründer Mustafa Kemal Atatürk die Modernisierung seines Landes mit der Europäisierung verknüpft. Mit seinen Reformen hat Atatürk (dieser Nachname bedeutet „Vater der Türken“ und wurde ihm 1935 durch das türkische Parlament verliehen) die erste türkische Republik mit forciertem Tempo in die westliche Moderne und schließlich in die gesellschaftliche Europäisierung geführt. Zu dem Modernisierungsschub gehörten u.a. die Einführung europäischen Rechts (z.B. italienisches Strafrecht, schweizer bürgerliches Gesetzbuch und deutsches Handelsrecht), das das bis dato geltende islamische Recht (Scharia) ersetzte, die strikte Trennung von Staat und Religion (Prinzip des „Laizismus“) und die Gleichberechtigung der Frau. Weitere reformerische Einschnitte waren die Beseitigung von Sultanat und Kalifat

6 Budak-Fero, Meral: Die Türkei in der Identitätsfrage. Zur Kompatibilität von Kopenhagener Kriterien und türkischen Konstitutionalismus, Baden-Baden 2015, S. 169.

7 Ebd.

sowie die Abschaffung des Islams als Staatsreligion. Im Interesse des neuen säkularen Staates wurden sämtliche religiöse Orden verboten und in einer „Kleiderreform“ das Tragen des traditionellen Fes untersagt. Die übliche Vielehe wurde durch die Einehe ersetzt, die arabische Schrift mit dem lateinischen Alphabet ausgetauscht und der heilige Freitag als islamischer Feiertag abgeschafft und durch den in Europa üblichen Sonntag ersetzt. Völlig neu für die Bevölkerung war auch, dass sie sich alle Nachnamen zulegen mussten.

Günay meint zu diesem Problemkomplex:

„[a]uch wenn die republikanische Geschichtsschreibung die Gründung der Republik und die Reformen, die danach eingeschlagen wurden, als einen tiefen Bruch mit der osmanischen Vergangenheit und als einen Neuanfang darzustellen versuchte, setzten die kemalistischen Reformen, wenn auch in radikalierter Weise, jenes Modernisierungsprojekt fort, das durch die *Tanzimat*-Reformen im 19. Jahrhundert eingeleitet wurden. Die Republik übernahm [...] Methoden, Haltungen und die Art, Dinge anzugehen, von früheren Generationen an Reformern. Auch die kemalistische Revolution sollte eine sein, die sich ähnlich wie auch die *Tanzimat*-Reformen vornehmlich auf die modernisierenden Kräfte in der Bürokratie stützen sollte“⁸.

Und weiter: „Ganz im Sinne des Zeitgeistes sollte die neue Republik ein moderner Nationalstaat nach dem Vorbild der erfolgreichen westeuropäischen Staaten sein.“⁹

Die kemalistischen Reformen sind bis dato in sechs Prinzipien festgeschrieben, die heute noch das offizielle Programm der (von Atatürk gegründeten) Republikanischen Volkspartei CHP (heute die größte Oppositionspartei) ausmachen: Nationalismus, Säkularismus, Republikanismus, Populismus, Etatismus und Reformismus. Unter Nationalismus ist hier praktisch die Errichtung eines türkischen Nationalstaats zu verstehen. Mit Säkularismus (oder auch Laizismus) wird die Trennung von Staat und Religion gefordert und mit dieser Reform verabschiedete sich die Türkei von dem islamischen Reichsideal wie gleichzeitig auch von der islamisch geprägten Staatenwelt. Republikanismus bedeutet die Wahl einer republikanischen und parlamentarischen Regierungsform mit Gewaltenteilung und Unabhängigkeit der Justiz. Das Konzept des Populismus, das im türkischen Kontext keine negative Konnotation besitzt wie im deutschen Ver-

8 Günay: Geschichte der Türkei, S. 366.

9 Ebd.

ständnis (Gleiches gilt im Übrigen auch für den Begriff des Nationalismus), beinhaltet die Gleichheit aller Staatsbürger der Türkei unbesehen ihrer Volkszugehörigkeit, Religion oder Sprache. Außerdem sollte durch die repräsentative Demokratie über Parlaments- und Lokalwahlen der Wille des Volkes als eines der bestimmenden Elemente der türkischen Republik institutionalisiert werden. Unter Etatismus wird die einflussreiche und weitreichende Rolle des Staates in allen wirtschaftlichen Belangen verstanden. Und Reformismus fordert eine an europäischen Standards und Werten ausgerichtete, immerwährende und dynamische Transformation und Weiterentwicklung von Staat und Gesellschaft.

Allerdings vollzog sich dieser Prozess der kemalistischen Reformen als eine bis dahin beispiellose Zäsur, als ein von oben verordneter und für die damalige Zeit absolut einschneidender Prozess, den große Teile der überwiegend religiös-konservativen Bevölkerung nicht verinnerlicht haben. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, dass diese einschneidenden Reformen bis in die heutigen Tage auf Ablehnung durch diese Bevölkerungskreise gestoßen sind. Die kemalistischen Reformen wurden in den folgenden Jahrzehnten aber durch Armee und Justiz als die beiden wichtigsten Säulen der „kemalistischen Gründungsideologie“ garantiert. Als Fazit können die Reformen von Atatürk somit als der wichtigste, entscheidendste, prägendste und maßgeblichste Europäisierungsschub in der jüngeren türkischen Geschichte bewertet werden.

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts folgte eine Phase der Instabilität mit teilweise kurzlebigen Koalitionsregierungen, wobei die durchschnittliche Amtsperiode einer Regierung etwa einviertel Jahre betrug. Zwischen den Jahren 1960 und 1999 gab es beispielsweise über 30 Regierungen. Zudem intervenierte das Militär in dieser Zeit insgesamt vier Mal, dabei 1960, 1971 und 1980 durch Militärputsche. Und 1997 wurde der erste gewählte islamistische Ministerpräsident Necmettin Erbakan durch einen sogenannten *post-modernen Coup* aus dem Amt gezwungen. Das türkische Militär, das sich stets als Garant und Hüter des türkischen laizistischen Systems und der kemalistischen Prinzipien sah, intervenierte immer dann, wenn eine Entfernung von Europa im Sinne eines Abrückens von dem Säkularismus-Prinzip oder Hinwendung zu einer islamisch-konservativen oder islamistischen Politik „drohte“. Das war das erste Mal beim Sturz der konservativen Regierung Menderes 1960 der Fall und wieder 1997 im Fall von Erbakan. Das türkische Militär duldete in dieser Phase kein Wegbewegen von der Europäisierung der Türkei.

Allerdings kamen diese Militärputsche wie auch die militärische Intervention im Rahmen der Zypernkrise 1974 sowie der Ausbruch des militanten Kurdenkonflikts Mitte der 1980er Jahre einem Abrücken von dem Streben nach mehr Europäisierung gleich. Diese Konflikte sollten in der Folge die großen politischen Stolpersteine auf dem Weg in die europäische Integration werden.

Andererseits fand in diesen Jahren die Verankerung der Türkei in eine Reihe wichtiger europäischer und westlicher Institutionen statt. So ist die Türkei dem Europarat im Jahr seiner Gründung (1949) beigetreten – noch vor der Bundesrepublik Deutschland – und ist seither auch bei der Parlamentarischen Versammlung (PACE) sowie der Venedig-Kommission fest integriert. Ferner ist die Türkei Mitglied der OSZE, KSZE und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR). Und schließlich trat die Türkei dem transatlantischen NATO-Bündnis 1952 und damit noch einige Jahre vor der Bundesrepublik Deutschland bei.

Seit 1963 ist sie zudem durch das EWG-Türkei-Assoziierungsabkommen eng mit den europäischen Institutionen verbunden, zunächst einmal mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Schon in den damaligen Protokollen wurde der Türkei die Perspektive auf eine spätere Vollmitgliedschaft in Aussicht gestellt, allerdings im Rahmen der damals bestehenden EWG. Auf türkischer Seite wird aber immer das mittlerweile über 50-jährige Warten auf eine Mitgliedschaft in der EU in den Vordergrund gestellt. Eine Zwischenbemerkung hierzu: Nach dem Abdanken der Militärjunta in Athen nahm die damalige EG mit Griechenland Beitrittsverhandlungen auf und machte der Türkei das gleiche Angebot. Die innenpolitische Situation in der Türkei veranlasste die Ecevit-Regierung aber dazu, sich nicht gemeinsam mit Griechenland an diesen Verhandlungen zu beteiligen. Im Nachhinein hat sich dieses Versäumnis als ein verpasstes Window-of-Opportunity für die Integration in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft erwiesen. Eine solche Chance, die die weitere Europäisierung der Türkei auf eine frühe institutionelle Basis gestellt hätte, sollte kein zweites Mal folgen.

Aber immerhin wurde 1996 nach zähen Verhandlungen die Zollunion mit der EU abgeschlossen – ein weiterer Meilenstein auf dem Europäisierungsweg der Türkei. Die EU hatte damit erstmals einem Land, mit dem noch keine Beitrittsverhandlungen geführt wurden, diesen Status eingeräumt. Die Zollunion gewährleistete die Angleichung an zahlreiche europäische Standards, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich, und führte

zu einer erstmaligen wesentlichen Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Türkei im internationalen Bereich, die den Grundstein für die späteren wirtschaftlichen Erfolge unter der AKP-Regierung legte. In ähnlicher Weise bescherte die Anerkennung als Beitrittskandidat (1999), die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen (2005) und der daraufhin einsetzende EU-Beitrittsprozess der Türkei einen weiteren anfänglichen Europäisierungsschub. Verschiedene Autoren, wie etwa Naif Bezwan, sehen denn auch in erster Linie in diesen geo-politisch und geo-strategisch wichtigen Bündnis- und Vertragsbeziehungen der Türkei mit dem Westen die eigentliche treibende Kraft für die Europäisierung des Landes.¹⁰

Als Zwischenfazit kann an dieser Stelle festgehalten werden: Selbst wenn bezüglich ihrer Zugehörigkeit zu Europa die deutsche Debatte schon seit jeher von einem breiten Spektrum an diametral entgegengesetzten Positionen gekennzeichnet ist, kann die Türkei (in ihrer gegenwärtigen Verfasstheit, ihren Strukturen wie auch ihrer Geschichte und ihren tiefgreifenden institutionellen Verflechtungen mit Europa) als ein europäischer Staat bezeichnet werden. An diesem Sachverhalt ändert auch der Umstand nichts, dass sich momentan die meisten Schlüsselpositionen des Staates ausschließlich in Händen der AKP befinden. Nach den Parlamentswahlen im Juni 2015, als die türkischen Wähler der Opposition erstmals knapp 60 Prozent der Stimmen und Parlamentssitze bescherten, konnten sich die drei Oppositionsparteien (CHP, MHP und HDP) nicht einmal auf einen gemeinsamen Kandidaten für den Parlamentspräsidenten einigen und überließen somit auch diesen wichtigen Posten der Regierungspartei AKP¹¹.

Ob die Türkei allerdings bereits reif ist für eine EU-(Voll-)Mitgliedschaft ist eine völlig andere Fragestellung und wird an anderer Stelle dieser Publikation ausführlich diskutiert. Giannakopoulos resümiert dazu etwa:

„Die im Dezember 2004 getroffene Entscheidung über die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen der Union mit der Türkei hat in den europäischen Gesellschaften

10 Vgl. Bezwan, Naif: Türkei und Europa. Die Staatsdoktrin der Türkischen Republik, ihre Aufnahme in die EU und die kurdische Nationalfrage, Baden-Baden 2008, S. 204ff.

11 Die offizielle Abkürzung der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung ist „AK Parti“. Von ihren politischen Gegnern in der Türkei und in der westlichen Presse wird die Partei aber generell mit AKP abgekürzt.

kontroverse Debatten ausgelöst. Die greifbare Nähe der Beitrittsperspektive hat sich als Initialzündung für Selbstverständigungsdebatten erwiesen. Denn in der europäischen Wahrnehmung nimmt der Türkei-Beitritt die Form eines Grenzfalls an, an dem sich die Identitätsfragen bzw. Fremdwahrnehmungsdiskurse entfachen. Da im Gegensatz zu den zehn neuen Beitrittsstaaten (2004) die Türkei als höchst begründungsbedürftig wahrgenommen wird, beobachtet man eine Vielfalt von Argumentationspositionen bzw. interessegeleiteten Positionierungen.¹²

Die Autoren der Publikation „Die Türkei und Europa – Die Positionen“ mögen allein schon mit den Titeln ihrer Beiträge die klaffende Divergenz hinsichtlich einer europäischen Identität der Türkei beispielhaft charakterisieren, wie etwa Michael Thumann: „Sind die Türken Europäer? Ja, sie gehören in die EU“; Helmut Schmidt: „Sind die Türken Europäer? Nein, sie passen nicht dazu“; Otfried Höffe: „Das Übermorgenland. So schnell wird die Türkei nicht europäisch“; Jean-Daniel Tordjman: „Das Vorgesternland. Die Türkei ist längst europäisch“; Hans-Dietrich Schultz: „Die Türkei – (kein) Teil des geographischen Europas?“. ¹³ Selbst das Geographie-Argument wird nach wie vor bemüht. Demnach sei die Türkei allein schon aus geographischen Gründen nicht qualifiziert für einen EU-Beitritt, obwohl immerhin Thrakien mit ca. drei Prozent auf dem Balkan und somit dem europäischen Kontinent liegt, etwa 13 Prozent der Bevölkerung in dem europäischen Teil der Türkei lebt und Istanbul – im Übrigen Kulturhauptstadt Europas (2010) – die einzige Stadt auf zwei Kontinenten (nämlich Europa und Asien) ist.

Aber vorweggenommen kann bereits an dieser Stelle festgehalten werden: Betrachtet man einmal die Chronik der Europäisierung der Türkei, so war, ist und bleibt der EU-Verhandlungsprozess seit Anbeginn die Hauptantriebskraft für die jüngsten Europäisierungsanstrengungen (und damit auch für die Westorientierung) der Türkei.

Wenden wir uns nun der Europäisierungspolitik in der sogenannten „neuen Türkei“ unter Recep Tayyip Erdoğan zu, die in der Anfangsphase der islamisch-konservativen Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) mit entschiedenen Schritten vorangetrieben wurde. Sie stellt seit den Parlamentswahlen 2002 durchgehend die Alleinregierung und prägt

12 Giannakopoulos, Angelos: Europa-Türkei-Identität. Der „ewige Kandidat“ und die EU seit der Zollunion, Wiesbaden 2012, S. 182.

13 Vgl. Leggewie, Claus (Hrsg.): Die Türkei und Europa – Die Positionen, Frankfurt am Main 2004.

seitdem die innen- und außenpolitische Entwicklung wie auch die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsprozesse des Landes nachhaltig.

Zahlreiche wirtschaftliche und politische Reformen wurden gleich in der ersten Legislaturperiode in die Wege geleitet. Dazu gehörte auch die Verabschiedung diverser Harmonisierungspakete mit europäischem EU-Recht im Zuge der Beitrittsverhandlungen. Durch die im Rahmen der Verhandlungen mit der EU begonnenen Demokratisierungspakete (Ab-schaffung Todesstrafe und Folter, Militärgerichte, Unabhängigkeit Justiz, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenrechte, Ausweitung demokratischer Rechte und individueller Freiheiten) betrieb die Regierung Erdoğan in den ersten beiden Legislaturperioden eine Demokratisierung der Türkei in einem Umfang, wie sie zuvor über Jahrzehnte hinweg nicht erfolgt war. Zu den Reformen gehörten auch die Ausweitung von Minderheitenrechten und der Pressefreiheit, eine Steuer- und Gesundheitsreform sowie makroökonomische Reformen, einschließlich der Restrukturierung des Bankensektors.

Nach dem Nachlassen des anfänglichen Reformeifers und den problematischen innenpolitischen Entwicklungen der letzten Jahre wird die türkische Beitrittsperspektive mittlerweile zwischen der EU und der Türkei besonders kontrovers diskutiert und sogar der Beitrittsprozess an sich wird vermehrt infrage gestellt. In einer jüngst von der Europäischen Volkspartei (EVP) in Auftrag gegebenen Umfrage in neun EU-Mitgliedsländern sprachen sich laut diverser Pressemitteilungen 77 Prozent der EU-Bürger klar gegen eine Türkei-Vollmitgliedschaft aus. In Deutschland lag der Anteil der Ablehnung dabei mit 86 Prozent am höchsten. Dahinter folgten die Niederlande mit 84 Prozent. Am geringsten war der Anteil in Spanien mit 60 Prozent.¹⁴ Konsequenterweise forderte der EVP-Fraktionsvorsitzende Manfred Weber die EU zur Aussetzung der EU-Beitrittsverhandlungen auf. Er wies aber gleichzeitig darauf hin, dass die Tür zum Dialog spezifischer Fragen offen bleiben müsse. Letztendlich würde ein Abbruch der Beitrittsverhandlungen aber einem Todesstoß für die weitere Europäisierung der Türkei gleichkommen.

14 Vgl. o. A.: Drei von vier EU-Bürgern lehnen Türkei-Beitritt ab, in: Bild.de vom 18. Mai 2017, <http://www.bild.de/politik/ausland/europaeische-union/drei-von-vier-eu-buergern-lehnen-tuerkei-beitritt-ab-51808464.bild.html>.

Werfen wir jetzt einen Blick auf die jüngsten Entwicklungen und die zunehmende Entfernung bzw. auch regelrechte Entfremdung der Türkei von Europa: Die Gezipark-Proteste von 2013 gelten für viele Beobachter als Wendepunkt der bis dato positiven Entwicklungsschritte in Richtung europäische Werte und Normen. Seither wird ein schrittweiser Rückschritt bei rechtsstaatlichen Standards beobachtbar, wie insbesondere die Einschränkungen bei der Presse- und Meinungsfreiheit sowie der Unabhängigkeit der Justiz. Seit dem Putschversuch von Teilen des Militärs am 15. Juli 2016 herrscht ein immer wieder verlängerter Ausnahmezustand, der geeignet ist, die Aushöhlung der Freiheitsräume weiter voranzutreiben. In diese Phase fällt auch die Abhaltung des umstrittenen Verfassungsreformreferendums, das mit einer knappen Mehrheit für die Befürworter endete. Somit wird das parlamentarische System einer künftigen Exekutivpräsidentschaft mit minimalen *checks and balances* weichen. Diese Entwicklungen haben zu einer weiteren Polarisierung der Gesellschaft beigetragen. Momentan sieht es danach aus, dass die sich verschärfenden politischen Konfliktlinien und Kluften wie auch die politische Stoßrichtung der Regierungspartei den weiteren Europäisierungsprozess der Türkei nachhaltig determinieren bzw. beeinträchtigen werden.

IV. Welche Bilder von der EU dominieren in der türkischen Öffentlichkeit?

Ein Blick zurück in die wechselvolle Geschichte der EU-Türkei Beziehungen zeigt ein stetes Wechselbad der Gefühle. So stellt es sich zumindest in der Medienlandschaft dar, wenn man einmal in die Zeitungsarchive der letzten Dekade schaut. In puncto EU, EU-Beitritt oder Europäisierung der Türkei trifft dies sowohl für die Sichtweisen der Türken als auch – quasi in spiegelbildlicher Weise – für die europäischen Autoren zu. Bezüglich des EU-Bilds in der öffentlichen Wahrnehmung werden nur in unregelmäßigen Abständen empirisch verlässliche oder belastbare Repräsentativbefragungen erhoben. Eher handelt es sich bei den Befragungen oder Berichterstattungen um punktuelle Stimmungsbilder. Trendmäßig spiegeln sie das Empfinden von Andersartigkeit und Fremdheit in grundlegenden Bereichen wieder, was dazu beiträgt, dass die Beziehungen zwischen der Türkei und den EU-Ländern eher skeptisch beurteilt werden. In der aktuellen Tagespresse und den Medien kann seit längerem eine teilweise fundamentalkritische Berichterstattung über die EU festgestellt werden. Dies

gilt insbesondere für die regierungsnahen Presse wie Sabah (die derzeit auflagenstärkste türkische Tageszeitung), Akşam, Star, Güneş, Yeni Akit, Yeni Şafak oder auch Karar.

Eine Sonderstellung bei der Berichterstattung über Europa und die EU nimmt dabei Deutschland ein; zum einen, weil es das größte EU-Land ist und zudem die größte türkischstämmige Gemeinschaft beherbergt und die Beziehungen schon aus diesem Grund sehr emotional beladen und auch belastet sind.

Vor geraumer Zeit hat das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Körber-Stiftung eine Repräsentativbefragung in Deutschland und in der Türkei durchgeführt,¹⁵ die ein sehr profiliertes Türkei-Bild der Deutschen auf der einen Seite und ein eher blasses Deutschland-Bild der türkischen Bevölkerung auf der anderen Seite zutage brachte. Während 23 Prozent der türkischen Befragten sich keinerlei Urteil über Deutschland zutrauten, war dies nur bei sechs Prozent der Deutschen der Fall.

„Die große Mehrheit der türkischen Bevölkerung, die Deutschland nicht aus eigener Anschauung kennt, hat ein ausgesprochen blasses, diffuses Bild von dem Land. Noch am ehesten sehen sie in Deutschland interessanterweise ein multikulturelles und -nationales Land. 38 Prozent der türkischen Bevölkerung assoziieren mit Deutschland das Zusammenleben von Menschen aus verschiedenen Ländern und Kulturen. Diese Vorstellung geht in beträchtlichem Umfang mit der Einschätzung einher, dass dieses Zusammenleben nur teilweise optimal gelöst ist und Bevölkerungsminderheiten aus anderen Kulturen in Deutschland benachteiligt werden. 28 Prozent der türkischen Bevölkerung sind überzeugt, dass Minderheiten und speziell Menschen aus einer anderen Kultur in Deutschland diskriminiert werden.

Daneben bestimmen jedoch überwiegend positive Assoziationen wie Fleiß, Verlässlichkeit der Gesetze, Stabilität der Demokratie und Weltoffenheit das Deutschland-Bild der türkischen Bevölkerung. Kritische Urteile, die die türkische Bevölkerung teilweise in beträchtlichem Umfang in Bezug auf das eigene Land fällt, wie unzureichende Achtung der Menschenrechte, unbefriedigende Stellung der Frau, verbreitete Korruption oder hoher Einfluss des Militärs, werden mit Deutschland kaum verbunden.

Das Deutschland-Bild von Türken, die das Land aus eigener Erfahrung kennen, ist wesentlich konturierter. Auch sie sehen Deutschland als multikulturelles Land (65

15 Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach: Deutsch-Türkische Stimmungsbilder. Repräsentativbefragungen in Deutschland und in der Türkei im Auftrag der Körber-Stiftung, Allensbach 2006.

Prozent). Neben Multikulturalität wird das Deutschlandbild von Türken mit Deutschlandserfahrung vor allem von den Assoziationen juristische Verlässlichkeit, gefestigte Demokratie, Fleiß, sehenswerte Städte und beeindruckende Landschaften sowie große Bedeutung als Verbündeter der NATO bestimmt.¹⁶

Die im Juni 2017 veröffentlichte und von der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Auftrag gegebene repräsentativ quantitative Jugendstudie der GfK (Gesellschaft für Konsumforschung) bringt einige zusätzliche Aspekte zutage, insbesondere was die Haltung zu Deutschland anbelangt.¹⁷ Diese Studie reflektiert die politischen und sozialen Einstellungen von türkischen Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 27 Jahren. Demnach ist interessanterweise Deutschland dasjenige Land, dem die türkische Jugend einerseits mit 24 Prozent das meiste Vertrauen schenkt – vielleicht ein Indiz für die besonderen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei. Als die drei Gründe für ein Misstrauen gegen Deutschland wurde andererseits Unterstützung terroristischer Organisationen (12 Prozent), feindliche Gesinnung gegen die Türkei (11 Prozent) und eine rassistische/diskriminierende Politik (10 Prozent) genannt.¹⁸

Am Anfang des Beitrittsprozesses war gefühlsmäßig eine eher große Mehrheit der Öffentlichkeit pro-europäisch und westlich orientiert, obwohl auch damals schon säkular-nationalistische Eliten sowohl gegen die Annäherung an die EU als später auch gegen Erdoğan und seine EU-Politik protestierten. Außerdem polemisierte eine kleine linksradikale Minderheit gerne gegen die EU und Deutschland, denen sie kapitalistische Ausbeutung vorwirft.

Zum aktuellen EU-Bild in der Türkei kommt hinzu, dass heutzutage das Vordringen religiös-konservativer Positionen bei gesellschaftspolitischen Fragen und die Medienberichterstattung der regierungsfreundlichen Presse die latenten anti-europäischen und anti-westlichen Stimmungen in der türkischen Öffentlichkeit deutlich befördert hat.

Insgesamt gesehen vermitteln die Medienberichterstattung sowie eine Zeitungsanalyse der Beiträge von Kommentatoren das Gefühl einer

16 Ebd., S. 36f.

17 Vgl. GfK: Konrad-Adenauer-Stiftung – Bericht zur Jugendstudie. Auswertungen über Politik, Religion, Geschlechtergerechtigkeit und die Zukunft, März-April 2017, Ankara, in: http://www.kas.de/wf/doc/kas_49299-1522-1-30.pdf?170620085148.

18 Vgl. ebd., S 33.

schnell voranschreitenden Entfremdung von Europa wie auch einer Distanzierung von europäischen Werten, die teilweise gar nicht mehr als echt und nachahmenswert empfunden werden. Was die Beziehungen zur EU diesbezüglich anbelangt, sprechen zahlreiche Autoren von einem Bruch der Werte, der in einen fast totalen Vertrauensverlust gemündet habe, was insbesondere für die Zeit nach dem Putschversuch vom Juli 2016 zutrifft.

V. Inwiefern hat sich dieses Bild gewandelt?

Ausgehend von der dualen bzw. auch einer multiplen Identität der Türken ist die Gesellschaft einerseits europäisch geprägt, andererseits aber auch von traditionell islamischen Wurzeln und Traditionen bestimmt. In den Augen des ehemaligen türkischen Außenministers und Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu ist die Türkei sowohl ein europäisches Land wie auch ein asiatisches, mittel-östliches, kaukasisches und Balkanland und zudem ein Schwarzmeeranrainer und afrikanischer Nachbar. Auf diese multiple regionale Identität des Landes geht Davutoğlu in seinem Konzept der „Strategischen Tiefe“ (das nie in Deutsch veröffentlicht wurde) ausführlich ein.¹⁹ Diese besagt u.a., dass sich die kemalistischen Eliten zu einseitig auf Europa konzentriert hatten und die zweite Säule der Türkei – die Orientierung auf den islamisch geprägten Nahen und Mittleren Osten – sträflich vernachlässigt hatten. Die Abwendung von der türkisch-osmanischen Tradition und Geschichte sowie dem nahöstlichen Kultur- und Religionskreis durch die „alten Eliten“ gelte es in der jetzigen Phase zu korrigieren. Nach seiner Sichtweise ist die Türkei zudem auch nicht mehr nur ein Randstaat an der Peripherie des europäischen bzw. westlichen Systems, sondern sie müsse sich in der religiös-kulturell islamisch geprägten Großregion zwischen Zentralasien und Nordafrika neu positionieren, mit anderen Worten eine Achsenverschiebung (-korrektur) vornehmen. Seine Politik bedeutete letztendlich eine – insbesondere von seinen Anhängern befürwortete – fundamentale Abkehr von der bisherigen identitären Ausrichtung der Türkei, die das Land eindeutig in Europa verortete und den Westen als Leitbild der türkischen Politik akzeptiert hatte.

19 Vgl. Davutoğlu, Ahmet: Turkey's Foreign Policy Vision – An Assessment of 2007, in: *Insight Turkey*, Jg. 10, Nr. 1 (2008), S. 77-96.